

### Wirtschaftsweisen korrigieren Prognose

Nach Einschätzung der Wirtschaftsweisen bleibt die deutsche Wirtschaft trotz globaler politischer Unsicherheiten auf Wachstumskurs. Zuletzt war der Sachverständigenrat von einem Wachstum von 1,3 Prozent in 2017 ausgegangen. Diese Prognose korrigierten sie um 0,1 Prozentpunkte auf 1,4 Prozent nach oben. Besonders die weiterhin gute Lage auf dem Arbeitsmarkt, die expansive Geldpolitik der EZB sowie eine prozyklische Fiskalpolitik veranlasste die Experten zur Korrektur der Prognose. 2016 betrug das Wirtschaftswachstum 1,9 Prozent, allerdings gab es auch mehr Arbeitstage als im Kalenderjahr 2017. Wenn man dies berücksichtigt und den Effekt für das Jahr 2017 bereinigt, prognostizieren die Experten ein Wachstum von 1,7 Prozent. Für das Jahr 2018 rechnen die Wirtschaftsweisen mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 1,6 Prozent. Das Wachstum läge nach wie vor oberhalb des Potenzials und die Produktionskapazitäten seien bereits überausgelastet, so der Bericht.

Allerdings warnen die Wirtschaftsweisen auch vor den protektionistischen Neigungen in der Weltwirtschaft: „Sie bilden eine Gefahr für das globale Handelssystem und ein Risiko für die Weltwirtschaft“. Die Kritik aus den Vereinigten Staaten über den hohen Leistungsbilanzüberschuss von Deutschland wiesen die Experten als „nicht stichhaltig“ ab, denn die deutsche Wirtschaft sei nicht verpflichtet, sich schlechter zu machen. In die Leistungsbilanz fließen neben dem Warenhandel auch alle Transfers mit dem Ausland ein, die von Dienstleistungen bis hin zur Entwicklungshilfe gehen. Der Vorsitzende der Wirtschaftsweisen, Christoph Schmidt suggeriert, dass die Politik sich dennoch hinterfragen müsse, „warum deutsche Unternehmen vergleichsweise viel im Ausland und nicht im Inland investieren“. Weiterhin fordert Schmidt die Bundesregierung auf, inländische Investitionen zu fördern und somit einen Beitrag zu leisten, um den Differenzbetrag zu verringern, so die Zeit.

Neben der Kritik an der Leistungsbilanz Deutschlands wirft der US-Präsident Donald Trump der Bundesregierung vor, Währungsmanipulation zu betreiben. Durch den schwachen Euro könnten Waren günstiger in die USA exportiert werden. Auch diesen Vorwurf wiesen die Experten als „absurd“ angesichts der Unabhängigkeit der EZB zurück. Vielmehr kritisieren die Wirtschaftsweisen die ultralockere Geldpolitik der EZB. Denn der Ausstieg aus dieser ultralockeren Geldpolitik würde immer schwerer fallen, je länger man an der Niedrigzinspolitik festhalte. Die EZB würde zum „Gefangenen ihrer eigenen Politik“ werden, wenn sie eine Abkehr von der aktuellen Geldpolitik nicht rechtzeitig einleite.

*Fortsetzung auf der nächsten Seite*

RUB

### Wochenrückblick

*Das Wichtigste in Kürze:  
20. März bis 26. März*

#### **Gehobene Stimmung der deutschen Logistiker**

Montag, 20. März - Wie das Institut für Wirtschaft am Montag bekanntgab, ist die Stimmung deutscher Logistiker so gut wie seit Herbst 2011 nicht mehr. Grund für den Anstieg des laufenden Quartals um 1,7 Punkte auf nunmehr 138,2 Punkte sieht das IfW in der „derzeit deutlich[en] Expansion“, so Konjunkturchef Stefan Kooths. Zuvor war befürchtet worden, dass die Weltwirtschaft ins Stocken geraten könnte, nicht zuletzt aufgrund der Aussagen des amtierenden US-Präsidenten Trumps, der die US-amerikanische Wirtschaft stärker schützen und Handelsabkommen neu verhandeln will, so die Nachrichtenagentur Reuters.

#### **Inflation in Großbritannien**

Dienstag, 21. März - In Großbritannien sind die Verbraucherpreise im Februar auf 2,3 Prozent angestiegen. Im Januar lag die Teuerungsrate noch bei 1,8 Prozent. Mit einem so hohen Anstieg der Inflation hätten Experten nicht gerechnet, sie waren von einer Inflation in Höhe von 2,1 Prozent ausgegangen. Der Leitzins beträgt in Großbritannien zurzeit 0,25 Prozent, nachdem dieser zuletzt im vergangenen August gesenkt wurde. Der Ökonom Alex Lydall geht davon aus, dass eine Zinserhöhung zur Eindämmung der Inflation nun eher auf den Tisch kommt als bislang gedacht.

*Fortsetzung auf der nächsten Seite*

Lehrstuhl für Makroökonomik  
**MacroNews**  
12. Kalenderwoche

Der Frankfurter Wirtschaftsweiser Volker Wieland rät der EZB zunächst eine Kommunikationsstrategie zu entwickeln und im Sommer eine schrittweise Rücknahme der Anleihenkäufe anzukündigen und diese bis zum Ende des Jahres zu beenden. Zinserhöhungen seien erst nachgelagert durchzuführen, berichtet die Nachrichtenagentur Reuters.

Die Wirtschaftsweisen sind der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und wurde 1963 durch ein Gesetz eingeführt. Der Sachverständigenrat soll das Ziel verfolgen, die Urteilsbildung aller wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie der Öffentlichkeit zu erleichtern. Zu diesem Zweck erstellen sie jährlich bis zum 15. November ein Gutachten, welches der Bundesregierung übergeben wird. Außerdem kann der Sachverständigenrat zur Erstellung eines Sondergutachtens beauftragt werden oder bei erkennbarer Gefährdung gesamtwirtschaftlicher Ziele selber ein Sondergutachten erstellen. Die Wirtschaftsweisen bestehen aus fünf Mitgliedern, die auf Vorschlag der Bundesregierung durch den Bundespräsidenten für eine Dauer von 5 Jahren ernannt werden.

**Hintergrund: Wirtschaftswachstum**

[>>Zeit Online: Wirtschaftsweisen erhöhen Konjunkturprognose für 2017](#)



Besonders der angestiegene Ölpreis und der Wertverfall der Landeswährung Pfund hätten zum Anstieg der Inflation geführt, so der Guardian.

**Lage in Venezuela spitzt sich zu**  
Freitag, 25. März – Venezuelas Wirtschaft ist seit dem Fall der Ölpreise schwer angeschlagen. Im vergangenen Jahr sind nach Daten der Notenbank die Verbraucherpreise um 800 Prozent angestiegen. Die Wirtschaftskrise führt zu schweren Versorgungsengpässen, so sollen nach Schätzung des Pharmaverbandes des Landes 85 Prozent der Arzneimittel nicht zu bekommen sein. Auch Krankenhäuser verfügen nur noch über etwa drei Prozent der benötigten Medikamente und Materialien. In einer TV-Ansprache verkündete der venezuelanische Präsident, Nicolas Maduro, dass er die Vereinten Nationen um Hilfe gebeten habe, um die Regelungen für Medikamente in Krankenhäusern zu verbessern, berichtet der Spiegel.

**Zahl der  
Woche:  
1,8 Prozent**

sind die Reallöhne im  
vergangenem Jahr in Deutschland  
gestiegen.

Reuters